



## Leserbrief von Hartmut Kaubisch zum Thema Biogasanlage

Die Ladberger Gesellschafter eines mit der Produktion von regenerativer Energie wirtschaftenden Gewerbebetriebes, möchten ihre vorhandene Produktionsanlage erweitern. Hierzu ist eine Investition von ca. 2.1 Millionen Euro veranschlagt.

Nebenbei ist die Gesellschaft in der Lage ein Neubaugebiet mit ca. 50 Bauplätzen für 10 Jahre mit kostenloser thermischer Energie regenerativen Ursprungs zu beliefern und garantiert für weitere 10 Jahre einen Energiepreis von 25 % unter dem dann gültigen Marktpreis.

Als zusätzlichen freiwilligen Ausgleich für die durch Maismonokultur belastete Umwelt wird die Rückumwandlung von ehemaligen Vertragsnaturschutzflächen im Hölter Feld geprüft und wenn möglich umgesetzt. Dieser zusätzliche Ausgleich ist Voraussetzung dafür, dass B90/Die Grünen dem Projekt mehrheitlich zustimmen.

Von Seiten der Bezirksregierung Münster ist das Objekt gemäß Vorprüfung voraussichtlich genehmigungsfähig, vorbehaltlich der Zustimmung der Ladberger Politik.

Doch hier ist der Knackpunkt, da die örtlichen Parteien SPD und FDP vor Jahren die Ansiedlung der Biogasanlage am Telgter Damm trotz aller Bemühungen nicht verhindern konnten, sehen sie vermutlich jetzt die Chance der Revanche und verhindern das für Ladbergen einmalige Projekt.

Die hierzu artikulierten Gründe wären im Bebauungsplanverfahren leicht zu entkräften bzw. auszuschließen, hierzu wird es aber nach dem Willen der Rot - Gelben Koalition gar nicht erst kommen.

Seit Jahren wird in Ladbergen überlegt, wie man Familien zum Zuzug bewegen, Neubaugebiete attraktiv machen und Gewerbeförderung erfolgreich umsetzen kann.

Es ist umso unverständlicher, das eine so hohe Investition von vor allem Ladberger Landwirten jetzt verhindert wird, zumal die bauliche Erweiterung der Anlage mit einem zusätzlichen Behälter ohne politische Zustimmung erfolgen kann und die Kapazitätssteigerung der Energieproduktion in zwei bis drei Jahren nach Aussage der Betreiber durch die absehbare Veränderung der Rechtslage wahrscheinlich auch ohne Zustimmung des Rates erfolgen kann.

Das Angebot der kostenlosen Energieversorgung und die freiwilligen Zugeständnisse im Naturschutz wird es dann sicherlich nicht mehr geben.

Es wäre zu wünschen, dass die Mitglieder von SPD und FDP ihre bisherige Position zum Wohle des Wohn- und Wirtschaftsstandortes Ladbergen nochmals überdenken.

Hartmut Kaubisch

| B' 90/Die Grünen Ladbergen